

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellennetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Strüdingen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Banverein Actien.

Nr 50

Sonnabend, den 25. April 1931.

44. Jahrgang

Drummonds Berliner Besuch.

Die Durchführung der Genfer Ratstagung.

Aus diplomatischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß die Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, mit dem Außenminister Curtius, die noch für Freitag vorgesehen sind, sich im wesentlichen mit der Durchführung der Genfer Ratstagung befassen, da der deutsche Außenminister diesmal als Vizepräsident in Funktion tritt. Im Vordergrund des Gesprächs steht naturgemäß die Durchführung der Aussprache über die deutsch-österreichische Zollunion. Nicht minder wichtig aber sind die Fragen der Abrüstungskonferenz, und zwar im Hinblick auf Zeit, Ort und Vorliegenden. Am Zeitpunkt — Frühjahr 1932 — dürfte voraussichtlich nichts mehr geändert werden.

Als Präsident der Abrüstungskonferenz wird die Einigung auf Genferon zu Stande kommen. An diese Zusammenkunft wird auch die Wafst des Ortes von Bedeutung sein. Der ursprüngliche Plan, in Barcelona zu verhandeln, wird deshalb wohl nicht mehr zur Ausführung kommen, da es Genferon nicht zugunsten werden kann, monatelang dem Sitz der englischen Regierung



Sir Eric Drummond

fernzu bleiben. Bei der Haag Konferenz war in ähnlicher Weise ja auch auf die Wünsche der englischen Regierung Rücksicht genommen, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß Haag oder London als Sitz der Abrüstungskonferenz bestimmt wird.

Die Stellungnahme Frankreichs ist noch unklar. Aufjallend sind nur in Beziehung auf die ungünstige Situation bei den Frottenverhandlungen diejenigen Meldungen, die eine völlige Abstinenzpolitik Frankreichs im Hinblick auf die Abrüstung vertreten haben. Zwischen Deutschland und England ist alsdann noch eine erhebliche Differenz über die Festlegung der Rüstungen zu bestehen.

Weiter wird das Gespräch zwischen Drummond und Curtius sich auf die angelegte Abrüstungspropaganda beziehen. Hier war geplant, durch Publikationen dem Abrüstungsgedanken Vorarbeit zu leisten. Es hat sich dann aber gezeigt, daß im Völkerbund selbst wenig Neigung war, diese Arbeit zu übernehmen. Dann hat Lord Cecil die Initiative ergriffen und sich bereit erklärt, mit Hilfe der Völkerbundessen und der völkerverständlichen Organismen eine solche propagandistische Arbeit einzurichten.

So datenweise die Initiative von Lord Cecil kein mag, so muß doch von deutscher Seite darauf hingewiesen werden, daß Lord Cecil selbstverständlich auf dem Boden des Konventionenentwurfs steht, dem die deutsche Regierung nicht zustimmen vermag.

Auf der Mai-Tagung des Völkerbundrates werden auch die Minderheitenfragen zur Behandlung kommen, zwar wird sich an den Bericht der polnischen Regierung über die ergriffenen Maßnahmen eine Aussprache anknüpfen. Einleitend aber, und das ist bemerkenswert, liegt dieser Bericht überhaupt noch nicht vor.

Schließlich werden zwischen Curtius und Drummond auch noch Fragen der deutschen Vertretung beim Völkerbund besprochen werden. Ebenso wie der italienische und japanische Untergeneralsekretär wird auch der deutsche Generalsekretär Dufour-Peyronne spätestens mit Ablauf des Jahres aus seinem Amt scheiden, und es wird eine Besetzung notwendig sein. Eine weitere Besetzung ist auch für den deutschen Vertreter in der Informationsabteilung in Aussicht gestellt.

Regierung und Arbeitslosenproblem.

Entscheidung bis zum 20. Mai.

Berlin, 24. April.

Auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung, an die sich weiterer ausgedehnte Beratungen schließen werden, steht als einziger Punkt die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Vorschlägen der Brauns-Kommission in der Arbeitslosenfrage. Wie zuverlässig verlautet, wird die Entscheidung

über die Maßnahmen, die geplant sind, so fallen müssen, daß diese Maßnahmen spätestens am 20. Mai wirksam werden.

Es wird auch geprüft werden, in welcher Weise die einzelnen Maßnahmen durchgeführt werden, ob z. B. mit Hilfe einer neuen Rotterdamer oder durch Verordnungen der Reichsanstalt. Der 20. Mai ist der späteste Termin, da die Maßnahmen noch eine Anlaufzeit brauchen, um für den Monat Juni voll wirksam zu werden.

Ein Brief an Dr. Wirth.

Gegen die Zulassung der Maidemonstrationen.

Berlin, 24. April.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. von Winterfeld (M. d. N.), hat an den Reichsinnenminister Dr. Wirth einen Brief geschrieben, in dem er darauf hinweist, daß der Reichspräsident von Berlin die Kundgebungen am 1. Mai freigegeben und den sozialistischen Gewerkschaften und den Kommunisten den geschlossenen Anmarsch zum Lustgarten gestattet haben sollte.

Diese Genehmigung steht in auffallendem Gegensatz zu der Tatsache, daß derselbe Polizeipräsident den geschlossenen Anmarsch des Stahlhelm bei der letzten Lustgartenkundgebung für das Volksgeschehen ausdrücklich verboten habe, und zwar unter Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Die öffentlichkeitsliche Bevorzugung der Organe der nationalsozialistischen Bewegung ist um so mehr ins Auge, als der Stahlhelm bei allen seinen Aufmärschen Beweise musterhafter Anwesenheit gegeben habe, während der Verlauf der letzten Kundgebungen durchaus nicht die Gewähr dafür gebe, daß bei der von Organe der nationalsozialistischen Bewegung am 1. Mai die öffentliche Ruhe und Sicherheit ungeschädelt bleiben. Vielmehr habe der 1. Mai 1929 über 20 Tote, 36 Schwerverwundete und etwa 200 Leichtverletzte gekostet. Von Winterfeld rücht den Reichsinnenminister auf die schweren Gefahren aufmerksam, die für den inneren Frieden des Volkes aus diesem Zufunde erwachsen müßten, und bittet ihn, von Seiten des Reiches gegenüber den preussischen Behörden mit derselben Schärfe einzuschreiten, wie er es anderen Ländern gegenüber schon wiederholt getan habe.

Gleichzeitig hat Dr. von Winterfeld einen Brief ähnlichen Inhalts an den preussischen Innenminister Seevering gerichtet.

Beneß gegen die Zollunion.

Sein Widerspruch gegen Wien-Berlin.

Im schiedsgerichtlichen Abgeordnetenhaus hat sich der Außenminister Dr. Beneß erneut mit der deutsch-österreichischen Zollunion beschäftigt, auch diesmal in durchaus ablehnendem Sinne. Er widersprach der Berliner und Wiener Auffassung, daß diese Vereinbarung die übrigen Staaten lediglich nach der juristischen Seite hin zu einer Prüfung berechtige und betonte vielmehr, daß wirtschaftliche Vorgänge von solchem Ausmaß unter den heutigen Verhältnissen als politische Angelegenheiten angesehen und unter diesem Gesichtspunkt generell werden müssen.

In dem Maße, wie diese Auffassung bekräftigen müssen, und so sei mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß der Internationale Gerichtshof im Haag mit der Frage der Zollunion befaßt werden müsse. Beneß bemühte sich sehr eifrig, alles zusammenzutragen, was er an kritischen Bemerkungen vordringen konnte, aber man hat nicht das Gefühl, daß diese Kritik einer ernsthaften Prüfung fähig ist, und insbesondere nicht man mit harter Enttäufung der Art gegenüber, wie Beneß die Haltung seines Landes gegenüber der deutsch-österreichischen Zollunion zu erklären und zu rechtfertigen veruchte. Wenn er allgemeinpolitisch gegen die Zollunion ins Feld führte, daß sie eine Erhöhung der österreichischen Agrar- und Industriezölle mit sich bringe, so ist das eine Kritik, die als Begründung eines politischen Vorstoßes gegen das Abkommen durchaus abwegig ist, und wenn er für den besonderen Fall der Föderalismusfrage die Sorge an die Hand legt, daß ein wirtschaftliches Zusammengehen dieses Landes mit Deutschland und Österreich es zwingen würde, in eine Kampflinie gegenüber allen anderen Staaten zu drängen, so daß Prag nach kurzer Zeit jede Bewegungsfreiheit verlieren müßte, so bleibt er für eine solche von wenig Selbstvertrauen und geringem Weisheitsgefühl zeugende Prognose den Beweis ebenso schuldig wie für seine anderen Angriffe.

Die Notwendigkeit einer Einigung zwischen Berlin und Paris als Voraussetzung für die Befreiung Europas ist nicht Beneßes Gedanke, seine anderen Offenbarungen aber wird man in Wien und in Berlin nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen können.

Zollbesprechungen mit England.

Aus der deutschen Gegenwünschlifte.

London, 24. April.

Die englisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind entgegen den ursprünglichen Erwartungen nicht fortgesetzt worden. Es haben nur zwei kurze Besprechungen stattgefunden, an denen auch Handelsminister Graham teilnahm.

Die Besprechungen bezogen sich lediglich auf die Gegenwünschlifte zur Herabsetzung der französischen Zölle für gewisse englische Waren und nicht auf allgemeine europäische Zollfragen oder auf das österreichisch-deutsche Zollabkommen.

Am Laufe der Verhandlungen legen die Franzosen ihre vorläufige Gegenwünschlifte vor. Diese Liste enthält den grundsätzlichen Wunsch, daß England am Freihandelsverhältnis möge. Einzelheiten beziehen sich auf die Behandlung französischer Seidenwaren, französischer Weine usw. Auch Automobile sollen erwähnt worden sein. Die Verhandlungen sind anscheinend vom englischen Standpunkt aus nicht sehr erfolgreich gelaufen. Ein Zeitpunkt für die Fortsetzung der Besprechungen ist noch nicht festgelegt.

Hinsichtlich der deutschen Wunschlifte erklärt man, daß sie außer dem Wunsche auf Aufrechterhaltung des englischen Freihandelsystems und auf Aufhebung der sogenannten Seingewandungs-Zölle zu dem von der englischen Regierung beabsichtigten Zeitpunkt zwei weitere kleinere Hinweise enthalten habe, die sich auf die mit Seide gedachten Kleider und Spielwaren, bei denen Seide verwendet worden ist, beziehen. Die deutsche Regierung bittet um Aufhebung des bisherigen unständlichen englischen Verfahrens.

50 prozentiger Optimismus.

Die neuen Vorschläge zum Frottenabkommen.

Paris, 24. April.

Obgleich in amtlichen französischen Kreisen ein gewisser Optimismus über den Ausgang der Londoner Frottenbesprechungen zu erkennen ist, scheint man von vornherein mit allen möglichen Rücksichtungen geredet zu haben und hat bereits diesbezügliche Maßnahmen getroffen.

Was die französischen Vorschläge angeht, so steht nunmehr fest, daß es sich um Kompromißvorschläge handelt, wobei französischer, wie auch italienischer und englischerseits gewisse Zugeständnisse gemacht werden müßten.

Aus den Einzelheiten, die bisher über die Wählungen bekanntgeworden sind, die die französische Regierung dem Frottenabkommen zustimmend beifolgt hat, geht jedoch hervor, daß Frankreich entschlossen ist, in den hauptsächlichsten Punkten seiner Forderungen festzuhalten.

Man betont, die französische Regierung hoffe, daß die übrigen Regierungen die Zwangslosere anerkennen würden, in der sich Frankreich bezüglich der Verteidigung seiner Kolonien befindet, ebenso wie die Zwangslage, die man in Zusammenhang mit den deutschen Schiffsbauten bringen könne (1).

Die Absicht der französischen Abordnung geht dahin, im Falle des Nichtzustandekommens eines Kompromisses den Vorschlag zu unterbreiten, sämtliche künftigen Fragen auf ein späteres Datum zu verschieben, wobei jedoch ausdrücklich bestimmt werden soll, daß die Verhandlung dieser offengebliebenen Punkte noch vor Ablauf des Jahres 1934 vor sich gehen müßte.

Ungarns Forderungen an Europa.

Ein Rückblick des Grafen Bethlen.

Budapest, 23. April.

Die Regierungspartei veranstaltete anläßlich des zehnjährigen Regierungsjubiläums des Grafen Bethlen eine Feier nach Begrüßungsworten des Parteivorstehenden gab Ministerpräsident Graf Bethlen einen Rückblick auf die Ereignisse des letzten Jahrzehnts und erklärte u. a.: Es sei ein Weltwunder, daß Ungarn die Wirtschaftskrisis und die finanziellen Verluste der Friedensverträge überstanden habe.

Europa sei durch die Friedensverträge in drei Teile zerfallen worden: in Sieger, Besiegte und Sowjetrußland.

Während die Siegermächte frei und unverhüllt ihr Unwesen zum Schaden der Besiegten getrieben hätten, habe sich die Siegerregierung vernünftig die Hände gereichen. England und Italien hätten aber bald eingesehen, daß es so nicht weitergehen könne. Man stehe am Vorabend einer politischen Neuorientierung. Die Friedensverträge hätten auch in wirtschaftlicher Hinsicht nichts Gutes gebracht; sie hätten anstatt einheitlicher Zollgebiete neue Staaten geschaffen, die nach dem Grundlag; Krieg gegen alle und alles einander gegenübergestellt worden seien. Heute ist auch hier schon eine Befreiung sichtbar, aber Ungarn müsse auf der Hut sein und kein Bulwer trocken halten.

Die berechtigten Forderungen Ungarns lauteten: Gleichheit den Besiegten, Gleichheit den Unterdrückten, Wiedervereinigung mit den gegen ihren Willen von Ungarn getrennten Gebieten, Lebensmöglichkeit für jeden.

Diese Forderungen müßten Europa vorgelegt werden, denn nur durch ihre Erfüllung könne Europa der Frieden erhalten werden. Dies Ziel müsse in den kommenden zehn Jahren erreicht werden.

Auszug der polnischen Opposition.

Stützlicher Verlauf der ersten Sitzung des Sejm.

Warschau, 24. April.

Die erste Sitzung der außerordentlichen Tagung des Sejm, die durch den Sejmarschall Socialist eröffnet wurde, nahm, wie vorauszu sehen war, einen stürmischen Verlauf. Als der einzige Gegenstand der Tagesordnung, die Gehegevorlage über den Abbruch der französisch-pol-



nlichen Eisenbahnlinie sowie über die Verpachtung der Kohlenmagazine Oberhieslein-Bingen an die französisch-polnische Aktiengesellschaft verlesen wurde, meldeten sich drei Redner der Opposition zu Wort, die im Auftrag ihrer Fraktionen, der nationaldemokratischen, der sozialistischen und der Bauernfraktion Protesterklärungen gegen die mit der bestehenden Verfassung unvereinbare Einschränkung der Tagesordnung abgeben wollten. Der Sejmarschall stützte sich auf den zweifellosen Willen der Regierung gemündeten Standpunkt, daß alle anderen Angelegenheiten und Anträge unzulässig seien. Aus diesem Grunde entzog er den Oppositionsrednern das Wort, was beim Regierungsblok ungeheuren Beifall auslöste.

Darauf verließ die Opposition den Saal, wobei die Sozialisten eine Strophe ihrer sozialistischen Hymne „Die rote Fahne“ abgaben. Während des ungeheuren Lärmes gelang es dem nationaldemokratischen Redner, seine Erklärung abzulesen, von der aber niemand ein Wort verstehen konnte. Noch bevor die letzten Abgeordneten der Opposition den Sitzungssaal verlassen hatten, wurde die Regierungsvorlage mit dem Stimmen der Regierungsblok an den Ausschuß überwiesen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Deutsche Tageschau. Generalsynode stimmt zu.

Der Kirchenvertrag mit 166 gegen 47 Stimmen verabschiedet.

Die Generalsynode beendete die Schlussberatung des preussischen Staatsvertrags mit den evangelischen Landeskirchen und stimmte dem Vertragsentwurf mit 166 gegen 47 Stimmen zu.

Den Ausschlußbericht erstattete Professor D. St. h. Redner erklärte, der Ausschuß sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Vertrag in der nunmehr vorliegenden Form zwar noch in wichtigen Punkten hinter dem Erstbesten zurückbleibe, daß er aber nach Lage der Dinge im großen ganzen für annehmbar erachtet werden müsse. In wesentlichen Punkten sei im Ausschuß Einigkeit erzielt worden. Meinungsverschiedenheiten befanden im wesentlichen nur hinsichtlich der politischen Klausel und der entsprechenden Bestimmungen des Schlussprotokolls. Manche erblickten schon in dem Vorhandensein der politischen Klausel eine Gefahr für die Freiheit der Kirche und schloßen sich deshalb dementsprechend an. Der Vertrag sei im Ausschuß abgelehnt, andere glaubten, dieser Klausel zustimmen zu können, da die Bedenken, die der Staat geltend machen könne, auf staatspolitische Beschränkungen seien, und da außerdem zur Feststellung dieser Bedenken auf Antrag eine besondere Kommission berufen werden könne. Deshalb glaubte diese Majorität des Ausschusses, daß der Vertrag im wesentlichen für sich selbst zu sprechen vermag, zumal die Ergründung der äußeren Stellung der Kirche über zu bewerten sei, als die mit dem Ziele des Reichshöher verbundenen Nachteile.

Als Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates nahm dann

D. Kasper

das Wort. Er gab zu, daß der evangelischen Kirche aus der politischen Klausel gewisse Gefahren erwachsen könnten, aber die rechtlichen Sicherungen des Vertrages rechtfertigten es trotzdem, wenn die Kirche diese Gefahren im Bewußtsein ihrer Kraft auf sich nehme. Von diesem unerwünschten Willen zur Selbstbehauptung werde die Wirkung des Vertrages und die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben entscheidend abhängen. Jeder müsse nach seinem Gewissen entscheiden. Als Präsident des Oberkirchenrates empfahl er der Generalsynode die Annahme des Vertrages.

Rundgebung der Generalsynode

Aufzug an das evangelische Volk.

Die Generalsynode verabschiedete einen Aufzug an das evangelische Volk, dessen wesentlichster Teil lautet:

„Die Generalsynode kann nicht vorübergehen an den ungeheuren inneren und äußeren Nöten, unter denen das deutsche Volk in wachsendem Maße leidet. Millionen ihrer Vollgenossen sieht sie arbeitslos am Markte stehen und andere Millionen ihre Arbeit unter schwerer wirtschaftlicher Sorge verrichten. Sie sieht den Mangel der organisierten Gottlosigkeit sich immer rücksichtsloser gegen die Heiligsten der Christenheit erheben. Sie sieht das Gewissen verwirrt und den Glauben ohne Kraft bei alzu vielen, die sich zur evangelischen Kirche bekennen. In solchen Stunden weiß sie sich der Hilfe der Welt nicht zu verschließen, der aus dem Glauben kommt. Die Generalsynode ruft die Gemeinden, die Kreisverbände und die Provinzialsynoden an, mit allem Eifer über Mittel und Wege zu beraten, bei denen das Verantwortungsbeußtsein der Gemeindeglieder für die Not unseres Volkes vertritt und die Kraft evangelischer Verkündigung gegenüber dem ganzen Volk vertritt werden kann.“

Gegen die Brotpreiserhöhung.

Bemühungen der Regierung.

Berlin, 23. April.

Zu der Brotpreiserhöhung in Berlin wird zu zünftigster Stelle mitgeteilt, das Reichsverwaltungsmittelamt sei der seltenen Auffassung, daß der vorhandene Roggenvorrat imlande sei, den Bedarf bis zur nächsten Ernte zu sichern. In der letzten Woche sei auch die Verfertigung des Getreides gänzlich eingestellt worden.

Die Berliner Bäcker hätten sich seinerzeit zur Preisentlastung bereit erklärt unter der Bedingung, daß der Verbrauchszwang von 60 auf 70 v. H. erhöht werde, damit die Mehrpreise sinken könnten. Eine normale Preisentlastung für dieses Prozentige Maß habe sich nach Ansicht des Reichsverwaltungsmittelamtes nicht ausgemittelt. Die Verhandlungen mit den Mählern zwecks Verbilligung der Mehrpreise würden fortgesetzt. Auch mit den Berliner Bäckern werde weiterverhandelt, um zu erreichen, daß wenigstens für das sogenannte Konjunkturrot der alte Preis von 46 Pfennig beibehalten werde.

Es werde augenblicklich geprüft, ob der durchschnittliche Brotpreis der letzten sechs Monate in den deutschen Großstädten überschritten worden sei. Die Regierung werde im Falle des Uebertritts die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Erhöhung rückgängig zu machen.

Preussenparlament für die 40-Stunden-Woche.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich für eine Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche bei entsprechendem Lohnausgleich, Beschränkung der Ueberstundenarbeit, Schutz der Arbeitnehmer unter 18 Jahren und für eine Sonderregelung der Arbeitszeit im Vergabebereich, ferner sollen für die Arbeitsbeschäftigung und zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeitnehmer ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, ebenso für die Gemeinden zur Unterhaltung der Erwerbslosen.

Um die Auflösung des Bayerischen Landtages

Im Bayerischen Landtag waren im Anschluß an das letzte Urteil des bayerischen Staatsgerichtshofes vielfach Auseinandersetzungen über das weitere Schicksal des Bayerischen Landtages im Gange. Am 19. April meldete die „Bayerische Staatszeitung“, daß neben den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Kommunisten, die bisher schon die Landtagsauflösung gefordert haben, nun auch die Sozialdemokraten für eine Neuwahl im Herbst d. J. eintreten. Nach dem augenblicklichen Stand der Landtagsarbeiten förmte die Auflösung des Landtages Mitte Juli erfolgen.

Auslands-Rundschau.

Niederlage der Regierung im englischen Wahlkampf.

Im Oberhaus hat die Regierung eine neue Niederlage mit 121 gegen 21 Stimmen erlitten. Es handelt sich bei den Verhandlungen um ein landwirtschaftliches Gesetz, das sich auf die Gründung einer landwirtschaftlichen Korporation und auf landwirtschaftliche Verluste und Verlustgüter im großen Maßstab bezieht. Die Angriffe des Lords richteten sich hauptsächlich gegen eine Klausel des Gesetzes, die die Finanzierung dieser Verluste durch die landwirtschaftliche Korporation vorsieht.

Schließung der staatlichen Sparkasse von Neufüßwales.

Die staatliche Sparkasse von Neufüßwales hat einer Bekanntmachung der Bank zufolge ihre Schalter geschlossen. Im Laufe des Monats sind etwa 2000 Sparguthaben abgehoben worden. Die Schließung der Bank und ihre voraussetzungslose Verklammerung mit der australischen Staatsbank ist eine Folge des Streites zwischen der australischen Zentralregierung und dem Staat Neufüßwales, der betreffend die Einziehung seiner Anleihen verweigert. Sie wird als ein Anzeichen für den Sieg der Zentralregierung über die Staatsregierung von Neufüßwales angesehen.

Nicaragua-Politik der Vereinigten Staaten.

Ueber die Politik Amerikas in Nicaragua ist es im Washingtoner politischen Kreis zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Senator Borah verteidigte das Recht der nichtamerikanischen Regierungen, für den Schutz ihrer in Nicaragua anfallenden Bürger zu sorgen. Borah erwiderte darin feierlich Verleugung der Monroe-Doktrin und legt sich damit in schroffen Gegensatz zur Presse und zahlreichen Abgeordneten des Kongresses. New York Herald Tribune verurteilt in einem Artikel die Ansicht Borahs und spricht bereits von einer Untergrabung der Monroe-Doktrin.

Kleine politische Meldungen.

Sahm bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den neugewählten Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Sahm, zum Antrittsbesuch.

Mahlvorberathungen der Opposition auf Island. Die beiden islandischen Oppositionsparteien haben beschlossen, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben bereits einen Wahlaufruf veröffentlicht. Der ihm wird betont, daß man auf völlig gleichmäßigem Wege vorgehen wolle.

Bisher 31 Tote bei den Märlern in Honduras. An der Nordküste von Honduras dauern die Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen an. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 31 Tote zu verzeichnen. Ein klares Bild über die Lage in Honduras ist bis jetzt nicht erkennbar.

Aus der Umgegend

Neuba, 25. April.

Generalversammlung des Bürgervereins. Am Dienstagabend fand im „Weißen Hof“ die diesjährige Generalversammlung des hiesigen Bürgervereins statt, die leider nicht vollständig besetzt war. Dem langjährigen Kassierer Werner wurde für seine Kasienführung nach erfolgter Prüfung mit herzlichem Danke Entlassung erteilt. Der 1. Vorsitzende, der bisherige Bezirksordner R. Kreis, legte infolge seines Wegzuges nach Wenden sein Amt nieder. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: Konröder Lopp; 2. Vorsitzender: Fleischermeister Otto; Schriftführer: Fleischermeister Neumann; Kassierer: Buchhalter Werner; Beisitzer: Schneidermeister Kessler und Angestellter Krüger. Der neue Vorstand sprach dem scheidenden Vorsitzenden in herzlichem Worten den Dank des Vereins für seine Verdienste um denselben aus und wünschte ihm wirtschaftliches und familiäres Glück im neuen Wirkungskreis. In der nun erfolgenden regen Aussprache über städtische Angelegenheiten wurden größere und geringere Mißstände des Wabebaus, der Kanalisation, der Beleuchtung, der Wasserleitung u. a. kritisch beleuchtet und auf Abhilfe gesehnen. Herr Bürgermeister Gehring gab in dankenswerter Weise Auskunft und Rat in allen berührten kommunalrechtlichen und stellte nach Möglichkeit Abhilfe der Mißstände in Aussicht. Die sichtlich betriebliche Versammlung ging mit dem Wunsche auseinander, öfters zusammenzukommen, um sich über städtische Angelegenheiten zum Wohle der Gemeinde zu unterhalten und den städtischen Körperlichkeiten diesbezügliche Anträge zwecks Ausführung zu unterbreiten.

Der Schmitzer Tod holte vor einigen Tagen wieder einen aus der Reihe derjenigen Bürger, von denen man mit Recht sagen kann, sie sind edle Neobra Originalen. Der Malermeister Bräuner, ein Mann, den der Humor bis ins hohe Alter nicht verließ und durch den er über manche schwere wirtschaftliche Sorgen hinwegkam, ist zur ewigen Ruhe eingegangen, ihn deutet die folgende Urkunde, da erheiteren sich bald die Gesichter und noch lange wird man seiner hier gedenken. Daneben war er ein wirklicher Meister seines Faches, der auch im Alter verstand, seine Werte dem neuzeitlichen Geschmack anzupassen.

Abonnementkonzert. Wir verweisen noch einmal auf das heute Abend im „Preussischen Hof“ von unserer Stadtapelle angelegte vierte Abonnementkonzert. Wie aus dem in kurzen Zügen veröffentlichten Programm ersichtlich ist, wird diesmal neben den Lieblingskompositionen des Publikums

besonders der Militärmusik besondere Sorgfalt gewidmet sein. Wir wissen es ja aus früheren Konzerten, daß darin unsere einheimische Kapelle ganz besonders leistungsfähig ist. Es sei noch daran erinnert, daß nach dem Konzert Gelegenheit zum Tanz gibt.

Der Vaterländische Abend, der zum morgigen Sonntag von der Kreisgruppe Nebra des Stahlhelms veranstaltet wird, bringt für Freunde der Musik sowohl wie Verehrer theatralischer Darbietungen eine gute Auswahl. Der musikalische Teil wird von der vollzähligen Stahlhelmkapelle Naumburg a. S. bestritten und enthält die Wiedergabe seltener Perlen aus der Opernmusik und Klaviersolo Musik; im theatralischen Teil kommt das vaterländische Schauspiel: „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben“ durch die Mitteldeutsche Spielvereinigung zur Aufführung, das Melodrama „Der Mutter Gebet“, die Ballade „Der deutsche Schmied“ werden in meisterhafter Spredart zum Vortrag kommen und schließlich wird das große Botsportur Mofat den unterhalten Teil beschließen. Die Luft zum Tanz wird dann zu ihrem Rechte kommen und zwar werden die selteneren deutschen Tänze aufgeführt werden. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß der Ueberfluß des Abends zu gemüthlichen Stunden bestimmt ist.

Stadt-Lichtspiele. Ein Film, der tief das Gebiet der menschlichen Wissenschaften berührt, ist in das Programm der nächsten Sonntagsovorstellung aufgenommen. Die Geschichte eines Mannes, der sein Gedächtnis verlor, eines der vielen Kriegesereignisse, ist verfilmt worden. Ein wirklicher Fall, der aber, bevor auf die Beschreibung des Filmstreifens eingegangen wurde, von medizinischen Autoritäten eingehend durchgearbeitet worden ist. Es handelt sich hier um einen russischen Kriegsteilnehmer, der zwölf Jahre hindurch nicht das geringste aus der Vergangenheit, aus seinen Namen nicht wußte, durch eine zufällige Begegnung mit seiner früheren Frau aber plötzlich das Gedächtnis wiederlangte. Das veränderte St. Petersburg, das moderne Leben im heutigen Leningrad bilden eine interessante Episode zu dem Film. Daß das Programm äußerst unterhaltend ist, sei noch besonders hervorgehoben.

Bericht des Arbeitsamts Halle. Die Zahl der Arbeitslosen sankte sich in der Zeit vom 1.—15. April von 43857 um 885 auf 43002 und die Zahl der vom Arbeitsamt unterhaltenen Personen von 23943 um 1016 auf 22927. Der Rückgang betraf somit bei den Arbeitslosen 1,9 v. H. und 3,5 v. H. bei den Unterhaltenen. Im Stadtbereich Halle ist die Zahl der Arbeitslosen fast unverändert geblieben, während alle übrigen Stadt- und Landkreise an der Entlastung beteiligt sind. Prozentual ist der Rückgang bei den weiblichen Arbeitslosen (4,5 v. H.) härter als bei den männlichen (1,5 v. H.). In der Landwirtschaft wurde vor allem nach Hofbüchsen für leichte Arbeiten und Kuhfütterern (sowie ledigen Geschäftsführern und Mägden, die das Weiden der Kühe versehen, gefragt. In der Metallindustrie ist nur der Raffineriebetrieb noch beschäftigt. Das Raugewerbe zeigte sich in der Berichtszeit aufnahmefähig, soweit es sich um Steinmetzen, Zimmerer, Erdbarbeiter, Dachdecker und Steinsetzer handelt. Ein ähnlicher Rückgang der arbeitssuchenden Arbeiter und Bauhilfsarbeiter wurde durch die seit dem 1.4.31 anhaltenden Lohnfortbewegungen beeinträchtigt. Die Zigarrenindustrie, deren Geschäftszug sich weiter belebte, konnte über die erfolgten Rückfälle hinaus vertriebene Neueinstellungen vornehmen. Im Obst- und Gemüsehandel hielt die Nachfrage nach Ausschiltskräften weiter an. Für die Hausangehörigen fanden sich Arbeitsmöglichkeiten in größerer Zahl. Der Arbeitsmarkt für Angestellte erfuhr durch die zum 31.3. vorgenommenen Entlassungen eine härtere Belastung.

Billige Sonderfahrten der Reichsbahndirektion Erfurt. Die Reichsbahndirektion Erfurt veranstaltet wieder in diesem Sommer einige mehrtägige Sonderfahrten. Die erste Fahrt dauert vom 30. Mai bis 6. Juni und geht nach Oberpanitz (Regensburg, Prien, Schloß Serendienheim, Berchtesgaden, Königssee, Salzburg, München). Der Preis für diese Reise beträgt 70 RM. Die zweite Fahrt geht nach der Ostsee, nach der Insel Rügen und Rostock, und dauert vom 22. bis 29. August. Die Kosten belaufen sich für die 7 Tage einfaht, aller Fahrten und voller Verpflegung auf 84 RM. Die dritte Fahrt führt vom 12. bis 19. September nach Oberpanitz (Küssen mit den Königschloßern, Hohenquanaau, Neuschwanstein, Mittenwald, Innsbruck, München) und kostet 65 RM. Abfahrts- und Ankunftszeit ist Erfurt. Der Verlauf der Sonderfahrten zu diesen Fahrten beizumitteln etwa 4 Wochen vorher. Bestellungen nehmen alle Fahrkartenausgabestellen des Reichsbahndirektionsbezirks Erfurt entgegen. Ausführende Prospekt für jede Reise werden von allen Fahrkartenausgaben etwa 5 Wochen vorher kostenlos abgegeben. Wer sich eine Karte leisten will, tue dies beizeiten, da die Züge bisher in den letzten Tagen meist ausverkauft waren.

Ermäßigung der Mutterkofferbeförderung bei der Reichsbahn? Die Frage einer Ermäßigung für die Mutterkofferbeförderung der reisenden Kaufleute wird auf Veranlassung der Reichsbahn-Direktion Berlin erneut mit dem Ziele geprüft, eine Ermäßigung einzuführen. Auch soll die Herabsetzung der Sandgedächtsbeförderung in Aussicht genommen sein.

Reinheitsgrad Reserve 36 in Bernburg. Der Bernburger Verein der Kameraden vom Feldregiment R. J. 36 erhielt die Aufgabe, alle erreichbaren ehemaligen Angehörigen des Regiments, dessen 1. Btl. in den Mobilisationsjahren 1914 in Bernburg formiert wurde und von hier auszug. am 2. Regimentstagen den Mauern Bernburgs zu veranlassen. Am 16. Mai wird im Kurhaus ein großer Wiederversehungstommers abgehalten, am 17. Mai ist vormittags in der Marienrieder Festgottesdienst, anschließend Weihe der Fahne des hiesigen Vereins R. J. 36 im Kurhaus, Speisung aus der Festküche usw. Da weit verstreut wohnende ehemalige Reserve 36er ihr Erscheinen bereits zugesagt haben und die Bernburger alles ihr würdigen Ausgestaltung des Treffens aufarbeiten, ist ein erhebender Verlauf des Regimentstags zu erwarten. Meldungen und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden Wilhelm Genth, Bernburg, Raiffeisstraße 23.

Memleben. Wie seiner Zeit berichtet, hatte der 62jährige Debliter und Arbeiter Karl Schwarz aus Memleben bei einem Familienfest eine auf dem Boden verstreute Militärpfeife

Zersplitterung in Spanien.

Einsetzung einer basitischen Regierung?

Paris, 24. April.

Die nationalistisch-autonomistische Bewegung des spanischen Baskengebietes nimmt immer größere Ausdehnung an. Die Nationalisten von drei Provinzen haben eine Kundgebung an alle Stadtvordrägen des Gebietes veröffentlicht, in der sie die Bildung einer vorläufigen Regierung vorschlagen, die allein dem Ideal und den Wirtschaftsinteressen des basitischen Volkes entspreche.

Die Madrider Regierung hat bisher gegenüber dieser Haltung noch keinen festen Schritt gesetzt. In gut-untersuchten Kreisen rechnet man jedoch mit der Bildung einer dritten vorläufigen Regierung.

Ein nationalistischer basitischer Ausschuss wird in Madrid erwartet, um mit der Regierung zu beraten.

Oberst Macia

gab in einer Unterredung seinem Optimismus über die Arbeitslosigkeit Ausdruck, die besonders in Spanien leicht gelöst werden könne, da sie nicht den gleichen Charakter trüge, wie in anderen Ländern Europas. Auf die Durchführung des Achtstundentages lege er besonderen Wert. Er werde außerdem versuchen, die Arbeiterkredite an den durchzuführenden Arbeiten zu interessieren.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 28. April 1931, abends 20 Uhr im „Weißen Hof“.

Tagesordnung.

1. Neuwahl eines Beigeordneten.
2. Kenntnisnahmen.
3. Ergänzung des Beschlusses über die Ermäßigung der Zinsen und Tilgungssätze für die städtischen Anleihen.
4. Vorläufige Weitererhebung der Steuerlasten des Vorjahres.
5. Bau eines Kinderplanschbeckens in der Wabankstatt.

Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung.

Nebra, den 21. April 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

Stammeschäferei Vitzsburg

Der Verkauf

sprungfähiger Jährlingsböcke

der Merino-Fleischschaf-Rasse beginnt am

Dienstag, den 28. April, 13^{1/2} Uhr

Es kommen nur angekörte Böcke zum Verkauf

Zuchtleiter: Schäferdirektor Johannes Heine in Leipzig

• • • Wagen am Bahnhof Vitzsburg • • •

Telegramm-Adresse: Vitzsburg-Nebra

Postadresse: Rentamt Vitzsburg (Unstrut)

Fernsprecher: Querfurt 251, Nebra 2 und 8

4. Abonnementskonzert

Sonnabend, den 25. April 1931, abends 7^{1/2} Uhr im „Preußischen Hof“:

Groß. Extrakonzert

Militär-Musik, Fanfaren-Märsche, gut gewähltes Programm.

Anschließend: **Tanzkränzchen**

Im zahlreichen Besuch bitten

Gastwirt Maertens Eurt Stein

Einwohner von Nebra und Umgegend!

Unterstützt Euer heimische Kapelle.



Schützenhaus Nebra

Sonntag, den 26. April, 8 Uhr abends:

Groß. Vaterländischer Abend

I. **Großes Konzert** der Stahlhelm-Kapelle Naumburg a. S.

(20 Musiker). Leitung: Staatl. Musikdirektor L. Kott.

II. „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben“. Schauspiel in 2 Akten und einem Nachspiel.

Ausgeführt von der Mitteldeutschen Spielvereinigung.

Eintrittspreis 80 Pf. — Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Scharf.

Auf Wunsch nach dem Theater: **Deutscher Tanz**

Der neue Botschafter in Berlin.

Wie die spanische Botschaft mitteilt, steht die Ernennung des Journalisten Julio Alvarez del Vayo zum spanischen Botschafter in Berlin unmittelbar bevor.

Vorbereitung der Waisfeier.

Mostauer Aufruf für die Weltrevolution.

Mostau (über Romno), 23. April.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Internationale beschäftigt sich neuerdings mit den Vorbereitungen für die Waisfeier und arbeitet einen aus 39 Punkten bestehenden Aufruf an das Weltproletariat aus, in dem die Karolen enthalten sind, unter denen die kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt die Waisfeiern abzuhalten haben.

Die ersten zwölf Punkte dieses Aufrufs nehmen nur auf das Ausland Bezug. In ihnen werden die bekannten Schlagworte der Komintern wiederbegeben, wobei von besonderem Interesse ist, daß den Opfern des Reichsterterrors, der kämpfenden roten Armee in China und den spanischen Revolutionären besondere Begrüßungen zugesandt sind. Die Arbeiter der ganzen Welt werden aufgefordert, einen Krieg

gegen die Sowjetunion mit dem Bürgerkrieg im eigenen Land zu beantworten.

Die Punkte 13 bis 39 beziehen sich sodann auf die inner-russischen Verhältnisse, fordern Verstärkung des Industrialisierungs- und Kollektivierungstempos, Einleitung aller Kräfte für die Durchführung des Fünfjahresplans, Zurückweisung der ausländischen Angriffe wegen des russischen Dumpings und künftigen u. a. einen Ausban der Roten Armee an.

Schlussfolgerungen aus dem Berliner Vertrag.

Die Veröffentlichung des Wortlauts des deutsch-russischen Lieferungsvertrages, der in Berlin unterzeichnet wurde, gibt der „Jewetliki“ Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß dieser Lieferungsvertrag auch eine große politische Bedeutung habe.

Die Vertreter der deutschen Industrie, die Rußland bejuchelt haben, seien aus dem eigenen Augenblick zu der Ueberszeugung gekommen, daß das Sowjetregime auf festen Füßen stehe und daß es kreditfähig sei. Die Mostauer Regierung begrüßt mit Genugtuung diese Realpolitik und habe nur den einen Wunsch, daß auch die Industrie anderer Länder den Weg der Vereinbarung mit Rußland beschreite, wo die Durchführung der russischen Industrialisierung die besten Aussichten biete.

Verkaufe mein

1-2 Familienhaus in Querfurt

(mit Stallung, K. Scheune, ger. Nebenraum). Gebäude in gutem Zustande. Am 1. Juli bezugsbar.

Anfragen unter **Qu. 100** durch die Geschäftstelle d. Bl.



Wo gibt es KAFFEE HAG

den koffeinfreien Bohnenkaffee?

Stets frisch zu haben bei:

R. Barthel, Nebra

Edel-Buschrosen

20 Stk. 3.50, 100 Stk. 12.50 Mk.,

Kisterrosen, 1 Stk. 50 Pf., liefert

Erich Vollbrecht,

Rosenkulturen, Treptow a. d. Rega

Drucksachen

aller Art

in geschmackvoller, sauberer

Herstellung liefert billigt die

Buchdruckerei W. Sauer

Röselben

Gerösteten Kaffee

empfiehlt

Ww. Meitz, Nebra

Es steht in der WOCHE:

Neues aus aller Welt in vorzähligen Kunstveranschauligungen. Aufsätze aus allen Lebens- und Wissenschaften, über Kunst, Theater, Film, Musik, Sport, Natur, Erd- und Völkerkunde, Erziehung, Unterrichtsverhältnisse, Land- und Volkswirtschaft, Philosophie, Malerei, Poesie, Funk, Bücher und Nistrom, Romane, Novellen, Gedichte, Anekdoten, Erzählungen, Lesungen, Sonderausgaben, Erörterungen und Feuilletons, Verse und vielerlei BS.



Wer die „WOCHE“ liest, kennt Wohlgeschmack. Lesen Sie sie auch! Jedes Heft für 50 Pfennig!

Haus- u. Grundbesitzer-Verein Nebra u. Umgegend

Am Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr findet im Saale des Hotel „Zur Sorge“ ein Vortrag statt.

Es spricht:

1. Vom Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine **Herr Clemens-Merseburg** über:

Gein oder Nichtsein des Hausgrundbesitzes

2. **Herr Maack-Halle** über:

Hausbesitz und Volkswohl

Anschließend: Diskussion und Auskunft-Erteilung über landwirtschaftliche Anlagen usw.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder und deren Frauen ist unbedingt erforderlich. Gäste sind herzlich willkommen.

Eintritt frei! Der Vorstand.

Leipziger Neue Nachrichten

Eine der maßgebendsten und bedeutendsten Tageszeitungen

Verkaufspreis 100 000 Exemplare

Abonnementspreis 100 000 Exemplare

Verkaufspreis 200 000 Exemplare

Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probenummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Petersstrasse 19

Statt Karten.

Für die herzliche Teilnahme beim Heimgegangener unserer lieben unvergesslichen Entschlafener

Frau Anna Schröder geb. Franke

sagen wir allen, die ihrer durch Wort, Schrift und Blumenschmuck in Liebe gedachten unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nebra, den 22. April 1931.



Nebrauer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Actien.

Nr 50

Sonnabend, den 25. April 1931.

44. Jahrgang

Drummonds Berliner Besuch.

Die Durchführung der Genfer Ratstagung.

Aus diplomatischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß die Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, mit dem Außenminister Curtius, die noch für Freitag vorgehoben sind, sich im wesentlichen mit der Durchführung der Genfer Ratstagung befassen, da der deutsche Außenminister diesmal als Vizepräsident in Funktion tritt. Im Vordergrund des Gesprächs steht naturgemäß die Durchführung der Aussprache über die deutsch-österreichische Zollunion. Nicht minder wichtig aber sind die Fragen der Abrüstungskonferenz, und zwar im Hinblick auf Zeit, Ort und Vorliegenden. Am Zeitpunkt — Frühjahr 1932 — dürfte vorläufiglich nichts mehr geändert werden.

Als Präsident der Abrüstungskonferenz wird die Einigung auf Genferson zu fassen kommen. In diesem Zusammenhang wird auch die Wahl des Ortes von Bedeutung sein. Der ursprüngliche Plan, in Barcelona zu verhandeln, wird deshalb wohl nicht mehr zur Ausführung kommen, da es Sondererson nicht zugemutet werden kann, monatelang dem Sitz der englischen Regierung



Sir Eric Drummond

fernzu bleiben. Bei der Haager Konferenz war in ähnlicher Weise ja auch auf die Wünsche der englischen Regierung Rücksicht genommen, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß Haag oder London als Sitz der Abrüstungskonferenz bestimmt wird.

Die Stellungnahme Frankreichs ist noch unklar. Auf jeden Fall nur in Beziehung auf die ungünstige Situation bei den Frottenverhandlungen diejenigen Meldungen, die eine völlige Abstinenzpolitik Frankreichs im Hinblick auf die Abrüstung vertreten haben. Zwischen Deutschland und England ist alsdann noch eine erhebliche Differenz über die Offenlegung der Rüstungen zu bestehen.

Weiter wird das Gespräch zwischen Drummond und Curtius sich auf die angelegte Abrüstungskonferenz beziehen. Hier war geplant, durch Publikationen dem Abrüstungsgeheimnis Vorschub zu leisten. Es hat sich dann aber gezeigt, daß im Väterbund selbst wenig Verzag war, die Arbeit zu übernehmen. Dann hat Lord Cecil die Initiative ergriffen und sich bereit erklärt, mit Hilfe der Väterbundsmitglieder und der völkerbundsständigen Organisationen eine solche propagandistische Arbeit einzurichten.

Lord Cecil feiert am 25. April seinen 70. Geburtstag. Er wird ein hervorragendes Mitglied auf dem Gebiet der diplomatischen Arbeit sein. Drummond wird eine wichtige Rolle spielen. Die Besprechungen werden sich auf die deutsch-österreichische Zollunion beziehen. Die Notwendigkeit einer Einigung zwischen Berlin und Paris als Voraussetzung für die Befriedung Europas ist nicht Benachteiligung, keine anderen Offenbarungen aber wird man in Wien und in Berlin nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen können.

Zollbesprechungen mit England.

Aus der deutschen Gegenwünschlifte.
London, 24. April.
Die englisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind entgegen den ursprünglichen Erwartungen nicht fortgesetzt worden. Es haben nur zwei kurze Besprechungen stattgefunden, an denen auch Handelsminister Graham teilnahm.

über die Maßnahmen, die geplant sind, so fallen müssen, daß diese Maßnahmen spätestens am 20. Mai wirksam werden.

Es wird auch geprüft werden, in welcher Weise die einzelnen Maßnahmen durchgeführt werden, ob z. B. mit Hilfe einer neuen Notverordnung oder durch Verordnungen der Reichsamt. Der 20. Mai ist der späteste Termin, da die Maßnahmen nach einer Anlaufzeit brauchen, um für den Monat Juni voll wirksam zu werden.

Ein Brief an Dr. Wirth.

Gegen die Zulassung der Maidemonstrationen.

Berlin, 24. April.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. von Winterfeld (M. d. N.), hat an den Reichsinnenminister Dr. Wirth einen Brief gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß der Polizeipräsident von Berlin die Kundgebungen am 1. Mai freigebe und den sozialistischen Gewerkschaften und den kommunistischen geschlossenen Anmarsch zum Lustgarten gestattet haben sollte.

Diese Genehmigung stehe in auffallendem Gegensatz zu der Tatsache, daß derselbe Polizeipräsident den gefestigten Vorkurs des Stahls bei der letzten Lustgartenkundgebung für das Volksgeschehen ausdrücklich verboten habe, und zwar unter Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Die offensichtliche Bevorzugung der Organeinstufe nahegelegener politischer Kreise falle um so mehr ins Auge, als der Stahls bei allen seinen zumärlchen Beweise musterhafter Manneszucht gegeben habe, während der Verlauf der letzten Kundgebungen durchaus nicht die Gewähr dafür gebe, daß bei der von Organeinstufe zugelassenen Demonstration am 1. Mai die öffentliche Ruhe und Sicherheit ungeschädigt bleiben. Vielmehr habe der 1. Mai 1929 über 20 Tote, 36 Schwerverwundete und etwa 200 Leichtverletzte gekostet. Von Winterfeld macht den Reichsinnenminister auf die schweren Gefahren aufmerksam, die für den inneren Frieden des Volkes aus diesem Stande erwachsen müßten, und bittet ihn, von Seiten des Reiches gegenüber den preussischen Behörde mit derselben Schärfe einzuschreiten, wie er es anderen Ländern gegenüber schon wiederholt getan habe.

Gleichzeitig hat Dr. von Winterfeld einen Brief ähnlichen Inhalts an den preussischen Innenminister Everding gerichtet.

Benesch gegen die Zollunion.

Sein Widerspruch gegen Wien-Berlin.

Im schiedsgerichtlichen Abkommenverhandlungen hat sich der Außenminister Dr. Benesch erneut mit der deutsch-österreichischen Zollunion beschäftigt, auch diesmal in durchaus ablehnendem Sinne. Er widerspricht der Berliner und Wiener Auffassung, daß diese Vereinbarungen die übrigen Staaten lediglich nach der juristischen Seite hin zu einer Prüfung berechtige und betone vielmehr, daß wirtschaftliche Vorgänge von solchem Ausmaß unter den heutigen Verhältnissen als politische Angelegenheiten anzusehen und unter diesem Gesichtspunkt gewertet werden müssen.

So sei mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß der Internationale Gerichtshof im Haag mit der Frage der Zollunion befaßt werden müsse. Benesch bemühte sich sehr eifrig, alles zusammenzutragen, was er an kritischen Bemerkungen vordringen konnte, aber man hat nicht das Gefühl, daß diese Kritik einer ernsthaften Prüfung standhält, und insbesondere nicht man mit harter Enttäufung der Art gegenüber, wie Benesch die Haltung seines Landes gegenüber der deutsch-österreichischen Zollunion zu erklären und zu rechtfertigen versuchte. Wenn er allgemeinpolitisch gegen die Zollunion ins Feld führte, daß sie eine Erhöhung der österreichischen Agrar- und Industriezölle mit sich bringe, so ist das eine Kritik, die als Begründung eines politischen Vorstoßes gegen das Abkommen durchaus abwegig ist, und wenn er für den besonderen Fall der Fischzollunion die Sorge an die Hand nahm, daß ein wirtschaftliches Zusammengehen dieses Landes mit Deutschland und Österreich es zwingen würde, in eine Kampfstellung gegenüber allen anderen Staaten drängen würde, so daß Prag nach kurzer Zeit jede Bewegungsfreiheit verlieren müßte, so bleibt er für eine solche von wenig Selbstvertrauen und geringem Weitblick zeugende Propaganda des Beweises ebenso schuldig wie für seine anderen Angriffe.

Zollbesprechungen mit England.

Aus der deutschen Gegenwünschlifte.
London, 24. April.
Die englisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind entgegen den ursprünglichen Erwartungen nicht fortgesetzt worden. Es haben nur zwei kurze Besprechungen stattgefunden, an denen auch Handelsminister Graham teilnahm.

Die Besprechungen bezogen sich lediglich auf die Grabmalden Vorkläge zur Herabsetzung der französischen Zölle für gewisse englische Waren und nicht auf allgemeine europäische Zollfragen oder auf das österreichisch-deutsche Zollabkommen.

Am Laufe der Verhandlungen legen die Franzosen ihre vorläufige Gegenwünschlifte vor. Diese Liste enthält den grundsätzlichen Wunsch, daß England am Freihandelsverhältnis möge. Einzelheiten beziehen sich auf die Behandlung französischer Seidenwaren, französischer Weine usw. Auch Automobile sollen erwähnt worden sein. Die Verhandlungen sind ansehend vom englischen Standpunkt aus nicht sehr erfolgreich gelaufen. Ein Zeitpunkt für die Fortlegung der Besprechungen ist noch nicht festgelegt.

Hinsichtlich der deutschen Wunschlifte erklärt man, daß sie außer dem Wunsch auf Aufrechterhaltung des englischen Freihandelsystems und auf Aufhebung der sogenannten Seizegarantie-Zölle zu dem von der englischen Regierung beabsichtigten Zeitpunkt zwei weitere kleinere Himmels enthalte, die sich auf die mit Seide gemischten Kleider und Spielwaren, bei denen Seide verwendet worden ist, beziehen. Die deutsche Regierung bittet um Aufhebung des bisherigen umständlichen englischen Verfahrens.

50prozentiger Optimismus.

Die neuen Vorkläge zum Frottenabkommen.

Paris, 24. April.

Dogleich in amtlichen französischen Kreisen ein gewisser Optimismus über den Ausgang der Genfer Frottenbesprechungen zu erkennen ist, scheint man von vornherein mit allen möglichen Rücksichten gerednet zu haben und hat bereits diesbezügliche Maßnahmen getroffen.

Was die französischen Vorkläge angeht, so steht nunmehr fest, daß es sich um Kompromissvorkläge handelt, wobei französischer wie auch italienischer und englischerseits gewisse Zugeständnisse gemacht werden müßten.

Aus den Einzelheiten, die bisher über die Willungen der frottenabkommens sind, die die französische Regierung dem Frottenabfertigungsamt gestattet hat, geht hervor, daß die französischen Vorkläge auf ein höheres Datum zu verschieben, wobei jedoch ausdrücklich bestimmt werden soll, daß die Verhandlung dieser offengelassenen Punkte noch vor Ablauf des Jahres 1934 vor sich gehen müßte.

Man betont, die französische Regierung hoffe, daß die übrigen Regierungen die Zwangsangelegenheiten anerkennen würden, in der sich Frankreich bezüglich der Verteidigung seiner Kolonien befindet, ebenso wie die Zwangsangelegenheiten in Zusammenhang mit den deutschen Schiffsbauten bringen könne (1).

Die Absicht der französischen Abordnung geht dahin, im Falle des Nichtaufstehens eines Kompromisses den Vorkläge zu unterbreiten, sämtliche kritischen Fragen auf ein höheres Datum zu verschieben, wobei jedoch ausdrücklich bestimmt werden soll, daß die Verhandlung dieser offengelassenen Punkte noch vor Ablauf des Jahres 1934 vor sich gehen müßte.

Ungarns Forderungen an Europa.

Ein Rückblick des Grafen Bethlen.

Budapest, 23. April.

Die Regierungspartei veranstaltete anläßlich des zehnjährigen Ministerjahrestages des Grafen Bethlen eine Feyer nach Begrüßungsworten des Parteivorstehenden gab Ministerpräsident Graf Bethlen einen Rückblick auf die Ereignisse des letzten Jahrzehnts und erklärte u. a.: Es sei ein Weltwunder, daß Ungarn die Wirtschaftskrisis und die fürchterlichen Verluste der Friedensverträge überstanden habe.

Europa ist durch die Friedensverträge in drei Zelle zerfallen worden: in Sieger, Besiegte und Sowjetrußland.

Während die Siegermächte frei und unbehindert ihr Ansehen zum Schaden der Besiegten getrieben hätten, habe sich die Siegerregierung vernünftig die Hände gerieben. England und Italien hätten aber bald eingesehen, daß es so nicht weitergehen könne. Man stehe am Vorabend einer politischen Neuorientierung. Die Friedensverträge hätten auch in wirtschaftlicher Hinsicht nichts Gutes gebracht, sie hätten anstatt einheitlicher Zollgebiete neue Staaten geschaffen, die nach dem Grundlag: Krieg gegen alle und alles einander gegenübergestellt worden seien. Heute ist auch hier schon eine Befreiung sichtbar, aber Ungarn müßte auf der Hut sein und kein Pulver trocken lassen.

Die berechtigten Forderungen Ungarns lauten: Gleichheit den Besiegten, Gleichheit den Unterdrückten, Wiedervereinigung mit den gegen ihren Willen von Ungarn getrennten Gebieten, Lebensmöglichkeit für jeden.

Diese Forderungen müßten Europa vorgelegt werden, denn nur durch ihre Erfüllung könne Europa der Frieden erhalten werden. Dies Ziel müßte in den kommenden zehn Jahren erreicht werden.

Auszug der polnischen Opposition.

Stenographischer Verlauf der ersten Sitzung des Sejm.

Warschau, 24. April.

Die erste Sitzung der außerordentlichen Tagung des Sejm, die durch den Sejmarschall Swietlicki eröffnet wurde, nahm, wie vorauszuversagen war, einen stürmischen Verlauf. Als der einzige Gegenstand der Tagesordnung, die Gelege vorlage über den Abschluß der Inzangriff-pol-

